

## II. Rahmenbedingungen nationaler Selbstfindung

### A. Frankreich

Die Formierung der französischen Nation – *une et indivisible* – steht, wie Ernst-Wolfgang Böckenförde und Hagen Schulze herausgearbeitet haben, in engstem Zusammenhang mit der Französischen Revolution.<sup>170</sup> Der seiner selbst bewusst werdende „Dritte Stand“ als das – im wesentlichen – gewerbliche und gebildete Bürgertum, gewann sein Zusammengehörigkeitsbewusstsein darin, *citoyen français*, Bürger Frankreichs zu sein.<sup>171</sup> Dies war durch die Politik der französischen Krone vorbereitet worden, die alles daran gesetzt hatte, die Zwischengewalten zu entmachten und eine einheitliche Untertanengesellschaft, die als solche der einheitlichen königlich-staatlichen Gewalt gegenüberstehen sollte, zu schaffen. Die im Zuge der Revolution und ihres Postulats von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ erwachende Nation<sup>172</sup> stellte sich nicht gegen den bestehenden Staat; sie fühlte sich ihm und seiner Geschichte verbunden, entriß ihn aber zugleich dem Königtum und gestaltete ihn grundlegend um.<sup>173</sup> Ein entscheidender Unterschied zwischen den Parteigängern der Revolution und Aktivposten der alten Ordnung wie Turgot lag nicht zuletzt darin, dass erstere sich mit den bis zum Zeitpunkt der Revolution erzielten Rationalisierungen in Planung und Regulierung öffentlicher Angelegenheiten nicht zufrieden gaben und die Meinung vertraten, unter den Bedingungen der als anachronistisch empfundenen alten Zustände ließen sich weitergehende Fortschritte für Frankreich nicht erzielen. Derart unzufrieden und erfüllt von einem *esprit bourgeois*<sup>174</sup>, welcher in den Jahrzehnten vor der Revolution in Prozessen der Säkularisierung eine weitreichende Verbreitung gefunden hatte, gewann mithin jene Politik ihre revolutionäre Brisanz, mittels derer es dem Dritten Stand

<sup>170</sup> Vgl. in diesem Sinne Jenkins, Brian / Cposey, Nigel: Nation, Nationalism and National Identity in France, S. 102; vgl. im Kontext die klassische Analyse von Furet, François / Richet, Denis: Die Französische Revolution, München 1981. Zu den sozialen und politischen Ordnungsideen der Französischen Revolution: Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Die sozialen und politischen Ordnungsideen der Französischen Revolution, in: Ders.: Staat, Nation, Europa, S. 11-24; vgl. auch die Betrachtungen zu „Frankreich“ bei Tilly, Charles: Die europäischen Revolutionen, München 1993, S. 211-271.

<sup>171</sup> Schulze, Hagen: Staat und Nation in der europäischen Geschichte, S. 168-170.

<sup>172</sup> Vgl. im Kontext Furet, François / Ozouf, Mona: Kritisches Wörterbuch der Französischen Revolution. Bd. 1: Ereignisse, Akteure, Frankfurt a. M. 1996.

<sup>173</sup> Vgl. an dieser Stelle die Analyse bei Kimmel, Adolf: Nation, Republik, Verfassung in der französischen politischen Kultur, in: Gebhardt, Jürgen (Hrsg.): Verfassung und politische Kultur, Baden-Baden 1999, S. 129-138, S. 130, wo Kimmel, die Verwurzelung der Nation bereits in der Monarchie vor 1789 akzentuierend, betont. Konstituierend für die französische Nation und Gesellschaft sei der Staat der Monarchie, der in einem sich über mehrere Jahrhunderte erstreckenden kontinuierlichen Prozess eine Staatsnation und einen Nationalstaat geformt hat, gewesen. Dabei habe sich schon früh ein Gefühl des Zusammengehörens, ein Nationalbewusstsein herausgebildet: In der Schlacht von Bouvines (1215) bereits deutlich spürbar, könne man es in der Zeit Jeanne d'Arcs (15. Jahrhundert) schon als voll entfaltet betrachten. Staat und Nation seien dabei eine so enge Verbindung eingegangen wie in keiner anderen Nationalgeschichte Europas.

<sup>174</sup> Vgl. dazu ausführlich erläuternd Groethuysen, Bernhard: Die Entstehung der bürgerlichen Welt- und Lebensanschauung in Frankreich, Frankfurt a. M. 1978.

schließlich gelang, aus dem Status seiner – gemessen an den Privilegien der beiden ersten Stände – Ungleichheit herauszutreten, sich von politischen Verhältnissen zu befreien, in denen sich das Bürgertum in der Freisetzung seiner schöpferischen Potenzen entscheidend behindert sah. Der politische Durchbruch des Dritten Standes und seines Verlangens nach *liberté* und *égalité* erschien insofern auch ähnlich „modern“ denkenden Menschen anderer Schichten als eine *conditio sine qua non* allen Fortschritts, welcher zunehmend an dem Kriterium der Vernünftigkeit gemessen wurde. Der politische Durchbruch vollzog sich in der Etablierung der „Nation“ als einer Willensgemeinschaft derer, die jene Ziele teilten, die der Dritte Stand stellvertretend für die Menschheit und deren Fortschritt erhob. Verstand sich die Zugehörigkeit zu der von der Revolution inthronisierten Nation einem voluntaristischen Akt, so stand die in Paris konstituierte Nation – jedenfalls im Prinzip und anfänglich auch in der Realität – jedermann offen, der unbeschadet seines sozialen Standes oder seiner kulturellen Orientierung bereit war, sich zu den revolutionären Zielen der Nation zu bekennen und diese aktiv zu vertreten. Umgekehrt galt ebenso, dass ein jeder, der die fraglichen Ziele nicht teilte oder gar dagegen handelte, ohne weiteres zum Feind der Nation erklärt und bis zu seiner physischen Vernichtung bekämpft werden konnte – auch wenn er dem gleichen Ort oder gar derselben Familie entstammte wie seine Richter.<sup>175</sup> Entsprechend wurde die Existenz eines willentlich bekundeten politischen Konsenses – eines *plébiscite de tous les jours* im Sinne Rénans – zu dem entscheidenden Kriterium für die Begründung der Nation. Die Bereitschaft zur Anerkennung eines Pluralismus der Meinungen entsprach jenem Respekt vor den *libertés* der Privaten, den der revolutionäre Geist der aufklärerischen Philosophie entnahm und der den Umgang mit bzw. unter den *citoyens* im republikanischen Frankreich bisweilen günstiger gestaltete als in anderen Ländern, in denen es oftmals weniger gelang, eine vergleichbare politische Streitkultur zu entwickeln.

D.h., darin, Bürger dieses in die eigenen Hände genommenen Staates zu sein, sich zu ihm und seiner politischen Ordnung zu bekennen, die in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte<sup>176</sup> ihren Ausdruck fand, gewann die französische Nation ihre Identität. Danach bestimmte sie die eigene Zugehörigkeit; nicht ethnische, sondern politisch-willentliche Kriterien waren und blieben bestimmend.<sup>177</sup> Gleichwohl: Auch wenn die französische Nation sich zunächst in und durch politische Strukturen definierte, so wurde doch die Kultur zu einem ihrer eminenten Attribute, wie Joseph Jurt<sup>178</sup> hinsichtlich der Ausprägung einer nationalen Identität in Frankreich zurecht betont. Die

<sup>175</sup> Vgl. Schubert, Klaus: Frankreich – von der Großen Nation zur ziellosen Nation?, in: Estel, Bernd / Mayer, Tilman (Hrsg.): Das Prinzip Nation in modernen Gesellschaften, S. 171-196; vgl. ebd. Das Kapitel „Frankreich als politikzentrierte Nation“, S. 174ff.

<sup>176</sup> In der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, daran erinnert Hans Schauer in diesem Kontext [vgl. ders.: Nationale und europäische Identität. Die unterschiedlichen Auffassungen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10 (1997), S. 3-13], wurde nicht zuletzt der Grundsatz der nationalen Souveränität niedergelegt, d. h. die Souveränität hatte ihren Ursprung weder beim König noch bei den einzelnen Bürgern. „Sie wurzelte in der Nation, die von nun an in den Gedanken und Gefühlen der Franzosen einen besonderen Platz einnahm“. Ebd., S. 5.

<sup>177</sup> Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Die Nation – Identität in Differenz, in: Ders.: Staat, Nation, Europa, S. 45.

<sup>178</sup> Vgl. Jurt, Joseph: Identität, in: Picht, Robert u.a. (Hrsg.): Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert, München 1997, S. 78-84.

Institutionalisierung der Literatur und einer literarisch geprägten Nationalsprache<sup>179</sup> durch die Académie française hat so auch ihre Nobilitierung und die Zuerkennung einer eigenen normativen Funktion bedeutet. Schließlich gab es zur Zeit der Konstituierung der Bürgernation keine sprachliche Einheit, welche das Fundament einer nationalen Identität hätte werden können. Erst nachdem sich die Nation in ihrer republikanischen Form konstituiert hatte, schlug Abbé Grégoire 1794 die sprachliche Vereinheitlichung vor. Die sprachliche Einheit war nicht Quelle der nationalen Identität, sondern eine aus dem politischen Willen abgeleitete Notwendigkeit. Die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben setzte die Kenntnis der Nationalsprache voraus, in der die Gesetze abgefasst waren.<sup>180</sup> Tatsächlich wurde nur in 15 von 83 französischen Departements durchweg französisch gesprochen, während in den übrigen Departements die Dialekte vorherrschten, die vom Französischen so stark abwichen, dass sie als Fremdsprache gelten mussten, die lediglich von den städtischen Ober- und Mittelschichten beherrscht wurde. Dass, abgesehen von den Regionen um Paris, die Sprache Voltaire's und der Menschenrechtserklärung in Frankreich kaum verbreiteter war als im übrigen West- und Mitteleuropa, war eine schockierende Erkenntnis, die dazu führte, dass infolge des Schulgesetzes vom 21. Oktober 1793 alle Kinder französisch lesen und schreiben lernen sollten. Der Abgeordnete Barère erklärte in diesem Zusammenhang, fortan müsse die Sprache „eins wie die Republik“ werden. Wenn auch die Einheit von französischer Nation und französischer Sprache erst im Laufe des 20. Jahrhunderts vollständig verwirklicht werden konnte, so etablierte sich bereits am Ausgang des 19. Jahrhunderts die Literatur zu einem „repräsentativen Ausdruck der Nation“ (E. R. Curtius).<sup>181</sup>

Ungeachtet der Verbundenheit zum Staat und seiner Geschichte kämpfte das Bürgertum von 1789 bis zum Beginn der Dritten Republik 1875 mehrfach gegen die Staatsgewalt, um sich individuelle Freiheiten sowie legislative Selbstbestimmung zu sichern.<sup>182</sup> Hatte es in der Ersten Republik von 1792 bis 1799 keine parlamentarische Regierung gegeben, so musste Ludwig XVIII. nach der Herrschaft Napoleons in der sogenannten Charta von 1814 erneut die Grundsätze der Freiheit und Gleichheit und auch eine gewählte Kammer akzeptieren<sup>183</sup>, deren Geltung im Zuge einer Transforma-

<sup>179</sup> Schulze, Hagen: Staat und Nation in der europäischen Geschichte, S. 173 [Hervorhebung im Original, V. K.].

<sup>180</sup> Ebd., S. 80.

<sup>181</sup> Ebd., S. 79. Von der spezifischen gesellschaftlichen Integration der Literatur in Frankreich zeugen Jurt zufolge nicht zuletzt auch die Stellungnahmen bedeutender Schriftsteller wie Voltaire und Hugo zu politischen Fragen oder auch die kollektiven Interventionen seit der Dreyfus-Affäre in der Gestalt der sozialen Gruppe der „intellectuels“. „Frankreich konnte so zu Recht auch als ‚nation littéraire‘ (Priscilla Parkhurst) eingestuft werden.“ Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Analyse bei Bendrath, Wiebke: Ich, Region, Nation. Maurice Barrès im französischen Identitätskurs seiner Zeit und seine Rezeption in Deutschland, Tübingen 2003.

<sup>182</sup> Einen prägnanten Überblick über die verfassungsrechtliche Entwicklung in Frankreich bietet Duverger, Maurice: Les Constitutions de la France, Paris 1950.

<sup>183</sup> Schauer, Hans: Nationale und europäische Identität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, S. 5. Die Periode von 1815 bis 1830 war, wie Schauer weiter ausführt, geprägt durch einen kontinuierlichen Kampf zwischen Liberalen und Ultraroyalisten, den die Liberalen schließlich gewannen. 1830 lehnte das Parlament die Thronrede Karls X. ab. Als dieser daraufhin die Pressefreiheit abschaffte und das Parlament verfassungswidrig auflöste, sei die weitgehend bürgerlich organisierte, aber wiederum blutige Revolution und Einsetzung Louis-Philippe I. „von Gottes Gnaden und durch den Willen der Nation“ die Antwort gewesen. Vgl. ebd., S. 5f. Erst 1875, mit der Verabschie-

tion von Demokratie in eine Diktatur weitgehend außer Kraft gesetzt worden waren.<sup>184</sup> Die tragenden Prinzipien des „Napoleonischen Systems“ beruhten, abgesehen von dem Aspekt der willensstarken Herrscherpersönlichkeit Bonapartes, auf einer straff durchorganisierten, klar gegliederten Verwaltungsstruktur, einem autoritären Führungsstil, der Schaffung einer Vielzahl persönlicher Abhängigkeiten und der Herrschaftsabsicherung mit Mitteln der modernen Psychologie. Zudem hatte Napoleon Wert auf die Schaffung klarer Verwaltungsprinzipien gelegt. So etablierten die Revolution von 1789 sowie die nachfolgende Diktatur Napoleons schließlich jenen Staat, den der Absolutismus angestrebt, aber, wie Schulze betont, nie verwirklicht hatte: Denn es war der alte, absolutistische Staat gewesen, der sich daran gemacht hatte, die Aristokratie zu entmachten, die Parlamente und Gerichtshöfe einzuschränken, in die herkömmlichen Rechte der Provinzen einzugreifen und über das ganze Land ein zunehmend dichteres Netz der Zentralverwaltung zu legen. Das Modell dieses Staates – vom absoluten Königtum vor der Revolution bereits zu mehr als drei Vierteln realisiert – war das Kaiserreich Napoleons. Das eigentlich militärische Prinzip von Befehl und Gehorsam regierte auch die Verwaltung, vom Dorfbürgermeister bis zur Staatsspitze, dem Kaiser: Der Staat als perfekte Maschine.<sup>185</sup>

Der napoleonische Verwaltungsaufbau sollte dazu dienen, dass nichts der Laune von Individuen überlassen blieb, vielmehr mit Strenge regiert werde, deren Handlungen letztlich Ausdruck von Menschlichkeit und Milde seien, da dank ihnen Unruhen und Aufstände verhindert würden. Napoleon machte jedoch hinreichend deutlich, wie er diese Politik gewichtet wissen wollte, als er die Abschaffung der Todesstrafe als „Manie déplacierter Humanität“ missbilligte. Seine Politik der Bindung des Volkes bzw. bestimmter Teile und ausgewählter Persönlichkeiten an das System wählte andere Wege sowohl mit der Vergabe von Ehrungen und hochdotierten Ämtern als auch auf dem Pfad der Gesetzgebung. Die vorrangige Aufgabe des *code civil* war Napoleon zufolge nicht nur rechtlich, sondern insbesondere auch sozial eben jenes zu konsolidieren, was er in der Gesellschaft bewahrt sehen wollte. Dabei sollte der Herrscher immer wieder dem Land das Gefühl vermitteln, dass es von ihm geliebt werde. „Man wird Euch nur in dem Maße lieben und schätzen, wie Ihr das Land, in dem Ihr seid, lieben und schätzen werdet; dies ist der Punkt, in dem die Menschen am sensibelsten sind.“<sup>186</sup>

---

dung der Verfassungsgesetze der Dritten Republik, konnten die 1789 erkämpften Grundrechte, vor allem die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, wieder fest verankert werden.

<sup>184</sup> Vgl. Reinhard, Wolfgang: Geschichte der Staatenwelt, S. 435, wo Reinhard in Napoleon die personifizierte Möglichkeit einer Transformation von Demokratie in eine Diktatur oder eine neue Art von Monarchie erblickt, „die im Gegensatz zu derjenigen des Ancien Régime nicht mehr durch Gottesgnadentum und Erblichkeit, sondern durch den Volkswillen legitimiert ist – wobei dieser Volkswille nicht minder fiktiv sein kann als Gottes Gnade!“ Vgl. ebd., S. 415 Reinhard's Analyse der napoleonischen Konsularverfassungen von 1799 und 1802 sowie der Verfassung des Kaisertums von 1804.

<sup>185</sup> Schulze, Hagen: Staat und Nation in der europäischen Geschichte, S. 103. „Wie einst das Vorbild Ludwigs XIV. strahlte auch dieses Modell auf ganz Europa aus, kein Wunder angesichts der Hegemonie, die das revolutionäre, mehr noch das kaiserliche Frankreich bis 1812 auf dem gesamten Kontinent besaß“. Ebd., S. 103f.

<sup>186</sup> Zitiert nach Dippel, Horst: Die politischen Ideen der Französischen Revolution, in: Fetscher, Iring / Münkler, Herfried (Hrsg.): Pipers Handbuch der Politischen Ideen. Band 4: Von der Neuzeit bis zum europäischen Nationalismus, München 1986, S. 21-69, S. 60f.

Nicht zuletzt mit der Beachtung dieser Sensibilität verstand es Napoleon<sup>187</sup>, an einen seit 1760 verstärkt sich artikulierenden Patriotismus anzuknüpfen, der sich vor 1789 in Opposition zu der als dekadent und materialistisch betrachteten Gegenwart erblickte und in dem Vaterlandsliebe, Engagement, ja Opferbereitschaft für das Gemeinwohl sowie wahre Bürgergesinnung artikuliert wurde<sup>188</sup>; er verstand es unter Rekurs auf den „Soldat-Citoyen“<sup>189</sup> schließlich auch, als Exponent der *Grande Nation* und ihres expansionistischen, kriegerischen und von einem tiefgreifenden demokratischen Missionarismus geprägten Selbstbewusstseins<sup>190</sup>, seiner „national-imperialen Machtexpansion“<sup>191</sup> das Antlitz einer „zivilisatorischen Mission“<sup>192</sup> der französischen Nation zu geben, wie Josef Jurt akzentuiert: die Identität der Nation dekliniert sich zugleich in einem Frankreich der Menschenrechte wie auch in einem Frankreich der Erde und der Toten.<sup>193</sup>

## B. USA

Während in der *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen* von 1789 die Nation zum Träger der Souveränität bestimmt und die Freiheit des einzelnen durch jene der übrigen Mitglieder der Gesellschaft und damit durch das Gesetz als Ausdruck der *volonté générale* begrenzt worden war, atmete die *Virginia Bill of Rights* von 1776 einen andersartigen Geist.<sup>194</sup> Inwiefern?

<sup>187</sup> Vgl. in diesem Kontext bereits die Charakterisierung Napoleons durch Jacob Burckhardt, der in seinen „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ bemerkt: „Hoher Werth der als Ideale fortlebenden großen Männer für die Welt und für ihre Nationen insbesondere: sie geben denselben ein Pathos, einen Gegenstand des Enthusiasmus und regen sie bis in die untersten Schichten intellectueller auf, durch das vage Gefühl von Größe; sie halten einen hohen Maßstab der Dinge aufrecht. Napoleon, mit all dem Unheil welches er über die Franzosen gebracht, ist dennoch weit überwiegend ein unermesslich werthvoller Besitz für sie“. Ders.: Über das Studium der Geschichte. Der Text der „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ (hrsg. v. Peter Ganz), München 1982, S. 404.

<sup>188</sup> Vgl. Fink, Gonthier-Louis: Das Wechselspiel zwischen patriotischen und kosmopolitisch-universalen Bestrebungen in Frankreich und Deutschland (1750-1789), in: Herrmann, Ulrich (Hrsg.): Volk – Nation – Vaterland, Hamburg 1996, S. 151-184, S. 162f.

<sup>189</sup> Vgl. dazu ausführlich: Lüsebrink, Hans-Jürgen: Die Genese der „Grande Nation“. Vom Soldat-Citoyen zur Idee des Empire, in: Herrmann, Ulrich (Hrsg.): Volk – Nation – Vaterland, S. 118-130; vgl. S. 120.

<sup>190</sup> Vgl. im Kontext die Analyse des Heldenbildes der Französischen Revolution und dessen zunehmende Militarisierung bei Vovelle, Michel: Die Französische Revolution – Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten, München 1982. Vgl. ebd. das Kapitel „Vom Kämpfer zum Helden: der revolutionäre Mensch“, S. 116-125. Ebd. qualifiziert Vovelle Napoleon Bonaparte als „Negation des revolutionären Helden“, S. 124f.

<sup>191</sup> Fehrenbach, Elisabeth: Nation, in: Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680-1820 (hrsg. v. Rolf Reichardt u. Eberhard Schmitt), München 1986, Heft 7, S. 75-107, S. 104.

<sup>192</sup> Jurt, Joseph: Identität, in: Picht, Robert u. a. (Hrsg.): Fremde Freunde, S. 81.

<sup>193</sup> Vgl. ebd.

<sup>194</sup> Vgl. Dippel, Horst: Die politischen Ideen der Französischen Revolution, in: Fetscher, Iring / Münkler, Herfried (Hrsg.): Pipers Handbuch der Politischen Ideen, Bd. 4, S. 22. Vgl. dazu und zum folgenden Gesamtkontext auch die Ausführungen „Republikanismus, Föderalismus und Konstitutionalismus als Elemente der Gründungssituation von 1776“ bei Adams, Willi Paul: Republikanische Verfassung und bürgerliche Freiheit. Die Verfassungen und politischen Ideen der amerikanischen Revolution, Darmstadt 1973, S. 19-38; vgl. ebenso die stark ideengeschichtlich geprägten Ausführungen in Kapitel VI „Republikanismus zwischen Tugend und dem Kaleidoskop der Institutionen“ bei Herz, Dietmar: Die wohlverwogene Republik. Das konstitutionelle Denken des politisch-philosophischen Liberalismus, Paderborn 1999, S. 116-144.

Sie war ein Dokument zur Beschränkung staatlicher Macht zugunsten des mit unveräußerlichen Rechten ausgestatteten Individuums. Alle staatliche Macht leitete sich insofern vom Volk als der Summe der Individuen ab; alle Amtsträger waren nur Treuhänder der Macht und jederzeit dem Volk Rechenschaft schuldig, dessen Mehrheit, wann immer erforderlich, die Regierung verändern konnte. Das Prinzip der Gewaltentrennung und der Kontrolle von Macht wurde verankert, der Rechtsschutz des Individuums vor den Übergriffen staatlicher Macht festgeschrieben. Die Pressefreiheit als eine der großen Bollwerke der Freiheit war unangreifbar, die Prinzipien der Gerechtigkeit, Sparsamkeit, Mäßigung und Tugend galten als Voraussetzung für die Wahrung der Sicherung der Freiheit, die jedem freie Religionsausübung garantierte.<sup>195</sup> Was die Bürger der Neuengland-Staaten – jener „ersten Nation der Europäer in Übersee“<sup>196</sup> – dementsprechend zur Trennung von der britischen Krone und dem Londoner Parlament, zur Proklamierung ihrer Unabhängigkeit getrieben hatte<sup>197</sup>, war in der Sache wie in ihrem Bewusstsein die Behauptung und Verteidigung ihrer Rechte und ihrer Freiheit, wie sie im „*Common Law*“ und den Naturrechten als fundiert erachtet wurden<sup>198</sup>. Unter Berufung hierauf suchten sie ihre Vergangenheit und Herkunft als britische Kolonisten hinter sich zu lassen und vereinten und formierten sich im Namen universaler, von ethnischer Herkunft, Religion und Kultur unabhängiger Ziele und Prinzipien, durch die sie sich fortan als Amerikaner definierten<sup>199</sup>: „*To begin the world anew*“<sup>200</sup> – dies war, wie Thomas Paine es formuliert hat, der Anspruch der amerikanischen Gründungs- und Verfassungsväter. Paines *Common Sense*, womöglich eine der meistgelesenen Schriften der Aufklärungsgeschichte<sup>201</sup>, verdankte ihre Wirkung den bereits im Titel beschworenen Denktraditionen, die im Hinblick auf den Vernunftschluss der Unabhängigkeit amalgamieren. Es sind dies die schottische Common-Sense-Philosophie, die den Begriff im Sinne des gesunden, am Ganzen der aufklärerischen Menschheit orientierten Verstandes deutet, und die historisch vorangehende, im puritanischen Amerika freilich stets präsente Lesart der Commonwealth-Revolution, die Common Sense als Gemeinsinn sieht. Inhaltlich bediente Paine mit seinem Traktat beide Erwartungsstränge, sowohl den des gesunden Menschenverstandes durch Aufzählung und Diskussion der für die Unabhängigkeit sprechenden Argumente, als auch den des *sensus communis*, insofern das politische Ziel der Unabhängigkeit die Erlan-

<sup>195</sup> Dippel, Horst: Die politischen Ideen der Französischen Revolution, in: Fetscher, Iring / Münkler, Herfried (Hrsg.): *Pipers Handbuch der Politischen Ideen*, Band 4, S. 22.

<sup>196</sup> Adams, Willi Paul: Die Kolonialzeit, in: Ders. u. a. (Hrsg.): *Länderbericht USA. Geschichte, Politik, Geographie, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur*, 3. aktual. Aufl., Bonn 1998, S. 3-17, S. 3.

<sup>197</sup> Einen fundierten Überblick über die Ideen und Interessen in der Amerikanischen Revolution bietet der Aufsatz von Nolte, Paul: Ideen und Interessen in der Amerikanischen Revolution. Eine Zwischenbilanz der Forschung 1968-1988, in: *Geschichte und Gesellschaft* 17 (1991), S. 114-140.

<sup>198</sup> Zu den Hintergründen, Bedingungen und dem Verlauf des Unabhängigkeitskampfes vgl. Morgan, Edmund S.: *Die amerikanische Unabhängigkeit*, in: *Propyläen Weltgeschichte*, Bd. 7, S. 558-567.

<sup>199</sup> Vgl. grundlegend in diesem Kontext die Analysen bei Kohn, Hans: *American Nationalism: An Interpretative Essay*, New York 1961; vgl. analog und ausführlicher die beiden Bände von Boorstin, Daniel J.: *The Americans: The Colonial Experience*, New York 1958 sowie ders.: *The National Experience*, New York 1965.

<sup>200</sup> Paine, Thomas: *Common Sense and the Crisis*, New York 1973, S. 59.

<sup>201</sup> So die These bei Berghahn, Cord-Friedrich: Klassizismus und Gemeinsinn. Antikerezeption und ästhetische Gemeinwohlformeln in den Vereinigten Staaten am Beispiel Thomas Jeffersons, in: Münkler, Herfried / Bluhm, Harald (Hrsg.): *Gemeinwohl und Gemeinsinn*, Bd. 1, S. 213-243, S. 214.



gung des Gemeinwohls sei. *Public good*, als der zentrale Begriff des radikal-whiggistischen Credo, war für den aus dieser politischen Tradition stammenden Paine, einzig auf dem Weg des Übergangs jeglicher Regierungsmacht in die Hände der Bürger vorstellbar.<sup>202</sup>

Die scheinbare Unerschöpflichkeit der Ressourcen Amerikas und die Größe des Landes ließen, so auch bei Paine, Amerika als idealen Platz erscheinen, um eine neue, in Europa nicht geduldete Ordnung zu realisieren. Amerika verkörpert seit seiner Entdeckung eine „Möglichkeit“ – nicht zuletzt dadurch, dass es Emigranten Zuflucht und die Chance bot, ein Leben nach ihren eigenen Vorstellungen zu führen soweit dies die äußeren Bedingungen erlaubten. Auch wenn Amerika am Ende des 18. Jahrhunderts durch eine politische und gesellschaftliche Situation gekennzeichnet war, die diesen Ausgangspunkt hinter sich gelassen hatte, so bestand in der Vorstellung der Siedler auch zu dieser Zeit nach wie vor eine Situation des Anfangs, die grundsätzlich andere Bedingungen als die ihrer Herkunftsländer zur Folge hatte. Diese imaginäre historische Anfangssituation wurde von den Revolutionären 1776 – und wie wohl von keinem zweiten Politiker der Gründergeneration von Thomas Jefferson<sup>203</sup> – zugleich als ein Abschluss empfunden, indem sie vor dem Hintergrund der tradierten politischen Philosophie und der dieser zugrunde liegenden politischen Erfahrungen eine neue Ordnung entwarfen. Es sollte sich hierbei um keine Reform oder Revolution im europäischen Sinne handeln, sondern um eine genuine Neukonstruktion. Auch wenn Amerika nicht mehr das unberührte Vorbild des Naturzustands war, als das es John Locke noch gesehen hatte, so verband sich doch die reale Landnahme durch die Siedler vorteilhaft mit dem Bewusstsein der Revolutionäre, die wissenschaftliche Methode zum Aufbau einer neuen Ordnung zu besitzen. Trotz Unterschieden in der Ausgangslage und in den Voraussetzungen war dies eine Situation, wie sie der Theorie John Lockes oder gar – in einem weiteren Sinne – der Konzeption John Rawls zugrund lag: die Möglichkeit, eines rational begründeten Staatsentwurfs bzw. die Entwicklung von Grundbedingungen der Gerechtigkeit. Die amerikanischen Gründungsväter konnten an Traditionen anknüpfen und taten dies um der Wirkung der politischen Rhetorik willen, während die tatsächliche Fundierung eines traditionellen Kontextes fehlte. Die Begründer der amerikanischen Republik suchten mit der Präzision der Newton'schen Wissenschaft einen aus der Vernunft und ihren Erkenntnismöglichkeiten abgeleiteten Staat zu entwerfen.<sup>204</sup> Die Schaffung eines eigenständigen amerikanischen Nationalstaates geschah folglich nicht allmählich, sondern plötzlich, nicht evolutionär, sondern revolutionär, und die entscheidenden Ereignisse, welche die politischen Ideen und Institutionen des entstehenden Staates prägten, fanden alle mit großer Dynamik im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts statt – wobei vieles, was im Rückblick geradezu zwangsläufig bzw. stringent erscheint, in Wirklichkeit eine Sache der Improvisation, des Zufalls, des Glücks oder des Pechs war.<sup>205</sup>

---

<sup>202</sup> Ebd., S. 214f.

<sup>203</sup> Vgl. im Folgenden ebd. „The Ideal Republic – Jeffersons Vision der Gesellschaft“, S. 221ff.

<sup>204</sup> Herz, Dietmar: Die wohlerwogene Republik. Das konstitutionelle Denken des politisch-philosophischen Liberalismus, Paderborn 1999, S. 18.

<sup>205</sup> Ellis, Joseph J.: Sie schufen Amerika. Die Gründergeneration von John Adams bis George Washington, München 2002, S. 16.

Indem man die Amerikanische Revolution vor allem auch als Bemühen um Identität und Legitimität, als Suche nach politisch-kultureller Selbstfindung und Sinnstiftung verstehen muss, hat sie sich im Grunde über mehr als ein halbes Jahrhundert vom Siebenjährigen Krieg bis zur sogenannten *Era of Good Feeling* unter Präsident James Monroe erstreckt. In dieser Zeitspanne vollzog die materielle und geistige Emanzipation von Europa, die den Begriffen „Volk“, „Staat“ und „Nation“ eine neue Bedeutung verlieh. Mit Amtsantritt von Präsident Monroe schienen die Widersprüche zwischen Staat, Volk und Nation aufgehoben. Gemeinsam feierten die Amerikaner die Einzigartigkeit ihrer Gesellschaft, die aus der Revolution heraus sich gebildet hatte. Sie benötigten keine fremden Vorbilder und Modelle mehr, sondern durften hoffen, dass sich in Zukunft andere Völker ein Beispiel an der politischen Kultur und am konstitutionellen System der Vereinigten Staaten nehmen würden.<sup>206</sup>

Die Unabhängigkeitserklärung und die „*Bill of Rights*“ brachten den Geltungsanspruch der Amerikanischen Revolution zuerst zum Ausdruck, die Verfassungen und die Constitution von 1787<sup>207</sup> legten den Rahmen für die auf dieser Grundlage gestaltete politische Ordnung fest.<sup>208</sup> Als maßgeblicher Kommentar der Bundesverfassung und als herausragendes politiktheoretisches Dokument der Amerikanischen Revolution setzten sich die *Federalist Papers* in vollem Bewusstsein der durch die liberale europäische Aufklärungsphilosophie geprägten Tradition politischen Denkens, aber auch mit nachdrücklichem Stolz über das in Amerika praktisch schon erreichte und weiterzuführende Strukturgefüge, für die auf regelmäßigen Volkswahlen basierende repräsentative und gewaltenteilige, zudem föderativ aufgebaute und dadurch gerade in großen Territorien anwendbare Republik ein und sprachen sich damit zugleich gegen die direkte Demokratie aus, die sich nur für kleinste Gebilde eigne.<sup>209</sup> Paul Johnson bringt die Empfindungen der amerikanischen Gründergeneration treffend zum Ausdruck, wenn er zu Beginn seiner „*History of the American People*“<sup>210</sup> schreibt: „*The creation of the United States of America is the greatest of all human adventures. No other national story*

<sup>206</sup> Heideking, Jürgen: Einheit aus Vielfalt: Die Entstehung eines amerikanischen Nationalbewußtseins in der Revolutionsepoche 1760-1820, in: Hermann, Ulrich (Hrsg.): Volk – Nation – Vaterland, S. 101-117, S. 101. Ebd., S. 117.

<sup>207</sup> Heideking, Jürgen: Revolution, Verfassung und Nationalstaatsgründung 1763-1815, in: Adams, Willi Paul u.a. (Hrsg.): Länderbericht USA, S. 18-41.

<sup>208</sup> Vgl. dazu auch die Ausführungen „Die geistig-politischen Grundlagen des amerikanischen Verfassungswesens“ bei Wasser, Hartmut: Die Vereinigten Staaten von Amerika. Portrait einer Weltmacht, 2. Aufl., Stuttgart 1982, S. 67-84; vgl. ebd. „Der Einfluß der politischen Philosophie Europas und angelsächsischer Regierungspraxis auf die konstitutionelle Entwicklung der USA“, S. 70ff. Die Unabhängigkeitserklärung von 1776 und die amerikanische Bundesverfassung von 1787 stellen, wie Wolfgang Reinhard betont, „wichtige Innovationen für den westlichen Staatsbildungsprozeß überhaupt dar. Uralte Gegenseitigkeitsprinzipien wurden in modernes Selbstbestimmungsrecht auf der Grundlage allgemeiner Volkssouveränität transformiert. Erstmals gründete sich eine Nation auf diese Weise selbst, und zwar mittels einer besonderen Verfassungsurkunde [...]“. Ders.: Geschichte der Staatsgewalt, S. 487.

<sup>209</sup> Vgl. The *Federalist Papers*. Alexander Hamilton, John Jay and James Madison (hrsg. V. Clinton Rossiter), New York 1961 [vgl. dtsh. Der *Föderalist* (hrsg. v. Felix Ermacora, Wien 1958)]. „Diese terminologische Gegenüberstellung von ‚Republik‘ und ‚Demokratie‘ ist jener gleich, die Kant in seinen ethischen und politischen Schriften anwendet.“ Ders.: Politische Theorien des Rationalismus und der Aufklärung, in: Lieber, Hans-Joachim (Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, S. 157-258, S. 237.

<sup>210</sup> Vgl. Johnson, Paul: A history of the American people, New York 1997.



*holds such tremendous lessons, for the American people themselves and for the rest of mankind*“.<sup>211</sup>

Bürger der Vereinigten Staaten zu sein bedeutet seither, in und unter dieser auf universalen Prinzipien wie individueller Freiheit, rechtlicher Gleichheit und demokratischer Institutionen gegründeten Ordnung zu leben und leben zu wollen. Die in dieser Weise sich menschheitlich, nicht ethnisch konstituierende Nation war dafür offen, Millionen von Einwanderern, ungeachtet ganz verschiedener ethnischer Zugehörigkeit und sprachlicher Prägung, in sich aufzunehmen und zu integrieren. Erwartet wurde – und wird – lediglich, dies aber strikt, die Bereitschaft und der tätige Wille, in dieser Ordnung zu leben, sich als loyaler und patriotischer Bürger in sie hineinzustellen und damit einen Beitrag zu jenem, wie Seymour Martin Lipset es genannt hat, *American Exceptionalism*<sup>212</sup> zu leisten. Der Flaggenappell in den amerikanischen Schulen ist ein konsequenter Ausdruck dieser Art nationaler Identität, und ebenso erklärt sich hieraus die ungeheure Symbolkraft der amerikanischen Fahne, des Sternenbanners. „The flag“<sup>213</sup> steht für die Ordnung, unter der man lebt, und sie verkörpert die amerikanische Idee der Nation<sup>214</sup>, einer Nation in „Gottes eigenem Lande“<sup>215</sup>, die sich – im Sinne eines spezifischen „Amerikanismus“<sup>216</sup> – geprägt zeigt in ihrem Anspruch, „City on a Hill“<sup>217</sup> zu sein, durch eine pluralistische politische Kultur sowie ein religiös fundiertes Nationalbewusstsein<sup>218</sup>.

Das republikanische Ordnungsparadigma, ob als amerikanisches „Credo“<sup>219</sup>, als liberale Tradition, Zivilreligion<sup>220</sup> oder auch öffentliche Philosophie definiert, entfaltet

<sup>211</sup> Ebd., S. 3. Entsprechend dieser wegweisenden Einleitung zu Johnsons Analyse kann auch die Wahl des dem Buch voranstehenden Mottos von Shakespeare gedeutet werden: „Be not afraid of greatness“.

<sup>212</sup> Vgl. zu Begriff und Bedeutung die Ausführungen bei Lipset, Seymour Martin: *American Exceptionalism. A Double-Edged Sword*, New York 1996.

<sup>213</sup> Vgl. im Kontext die gegenwartsbezogenen Anmerkungen bei Gephart, Werner: *The Community and the Flag. Resurrection, Rebirth, Reconstruction or Renaissance* (Typoskript), St. Louis 2001.

<sup>214</sup> Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Die Nation – Identität in Differenz, in: Ders.: *Staat, Nation, Europa*, S. 46f.

<sup>215</sup> Vgl. dazu Sheldon, William F.: Der Mythos von „Gottes eigenem Lande“: Zur geschichtslosen Identität der Amerikaner, in: *Historische Mitteilungen* 1 (1990), S. 73-84.

<sup>216</sup> Vgl. exemplarisch die Begriffsverwendung bei Huntington, Samuel: *American Politics: The Promise of Disharmony*, Cambridge 1981; vgl. auch Gebhardt, Jürgen: *Die Krise des Amerikanismus. Revolutionäre Ordnung und gesellschaftliches Selbstverständnis in der amerikanischen Republik*, Stuttgart 1976.

<sup>217</sup> Johnson, Paul: *A history of the American people*, S. 3: „The Americans originally aimed to build another-worldly ‘City on a Hill’, but found themselves designing a republic of the people, to be a model for the entire planet.“ Auf das rhetorische Erbe des Puritanismus verweisend, erinnert Winfried Fluck in diesem Kontext an John Winthrop, der, als er 1630 an Bord des Schiffes *Arabella* kurz vor der Ankunft in der Neuen Welt eine Predigt hält, versucht, die Siedler auf die Vorstellung einer auf Gott gegründeten sozialen Ordnung einzuschwören und dabei aus der Bibel das Bild einer „city upon the hill“ entlehnt. „City upon the hill“ deshalb, „um damit das gemeinsame Unternehmen in Analogie zur Errichtung eines ‚neuen Jerusalem‘ zu setzen, auf dem die Augen der ganzen Welt ruhen. (Leading an exodus of saints to found a city upon a hill, for the eyes of all the world to behold) [...]“. Vgl. ders.: *Kultur*, in: Adams, Willi Paul / Lösche, Peter u.a. (Hrsg.): *Länderbericht USA*, S. 719-803, S. 726.

<sup>218</sup> Zur Bedeutung der Religion für das amerikanische Nationalbewusstsein schon in der Frühphase der Republik vgl. exemplarisch die Analyse bei Botein, Stephen: *Religious Dimensions of the Early American State*, in: Beeman, Richard u. a. (Hrsg.): *Beyond Confederation: Origins of the Constitution and American National Identity*, Chapel Hill 1987, S. 315-332; vgl. dazu auch Hatch, Nathan O.: *In Pursuit of Religious Freedom: Church, State and People in the New Republic*, in: Greene, Jack P. (Hrsg.): *The American Revolution: Its Character and Limits*, New York 1987, S. 338-406.

<sup>219</sup> Vgl. Myrdal, Gunnar: *An American Dilemma*, New York 1944.

eine umfassende Selbstdeutung der amerikanischen gesellschaftlichen Existenz, welche sich Jürgen Gebhardt<sup>221</sup> zufolge in dem Begriff des „Amerikanismus“ ausdrückt. Amerikaner jeder nationalen Herkunft, aller Klassen, aller Religionen, aller Glaubensrichtungen jeder Hautfarbe haben idealiter etwas gemeinsam: ein soziales Ethos, ein politisches Credo. Die Vereinigten Staaten nehmen ihren Anfang mit einem bewussten politischen Akt, mit der Behauptung gewisser fundamentaler politischer Prinzipien und mit konstitutionellen Vereinbarungen, die auf diesen Prinzipien beruhen.<sup>222</sup> „Amerikanismus“ und „Amerikanisches Credo“ relationierend, kommt Gebhardt zu der Erkenntnis: „Mit der bewußten Überführung einer unter spezifischen historischen Bedingungen formulierten Ordnungsinterpretation in eine gesellschaftlich verbindliche dogmatische Ordnungssymbolik mit metaphysischem Geltungsanspruch liegt das Geheimnis der Entstehung des Amerikanischen Credo. Dessen politisches Minimaldogma kann sogar auf einen einzigen Glaubenssatz verkürzt werden, wie dies im täglichen patriotischen Ritual des Treuegelöbnisses [...] in amerikanischen Schulen geschieht. Der Fahne zugewandt und die Hand am Herzen geloben die Versammelten: ‘I pledge allegiance to the flag of the United States of America, and to the Republic for which it stands: one Nation, under God, indivisible with liberty and justice for all’. Um diesen Kernsatz kristallisiert sich die Politische Dogmatik, welche ihrerseits wieder eingebettet ist in den umfassenden symbolischen Kosmos des *Amerikanismus* als einer die gesamte gesellschaftliche Existenz durchdringenden Interpretation des Menschen in Gesellschaft und Geschichte mit universalem Anspruch“.<sup>223</sup>

Dass die Nation – bei allem Pathos und Patriotismus – selbst im Kosmos des „Amerikanismus“ nur als „almost chosen“ (Abraham Lincoln)<sup>224</sup> angesehen wird, hat, eingedenk der Fehlbarkeit des Menschen, mit der engen Verbindung von Christentum und amerikanischem Freiheitsverständnis zu tun. Schon Tocqueville vermerkte bei seinem Nachdenken „Über die Demokratie in Amerika“<sup>225</sup>: „Die Amerikaner verschmelzen in ihrem Denken Christentum und Freiheit so vollkommen, daß man sie fast unmöglich dazu bringt, dieses ohne jenes zu denken, und es handelt sich bei ihnen nicht um eine jener Glaubenshaltungen, die die Vergangenheit der Gegenwart vererbt, und die in der Tiefe der Seele weniger zu leben als dahinzusiechen scheinen. Ich sah,

<sup>220</sup> Im Sinne einer Begriffsbestimmung und ersten inhaltlichen Annäherung an das Konzept der Zivilreligion vgl. wegweisend Bellah, Robert N.: *Civil Religion in America*, in: *Daedalus* 96 (1967), S. 1-21; vgl. sodann ders.: *The Broken Covenant. American Civil Religion in Time of Trial*, New York 1975; vgl. auch ders. / Hammond, Philipp E.: *Varieties of Civil Religion*, San Francisco 1980; vgl. auch Kleger, Heinz / Müller, Alois (Hrsg.): *Religion des Bürgers. Zur Zivilreligion in Amerika und Europa*, München 1986; vgl. ebenfalls Lübke, Hermann: *Religion nach der Aufklärung*, 2. Aufl., Graz 1990; vgl. ebd. den Exkurs über „Zivilreligion“, S. 306-327.

<sup>221</sup> Gebhardt, Jürgen: *Amerikanismus – Politische Kultur und Zivilreligion in den USA*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 49 (1990), S. 3-18, S.13.

<sup>222</sup> Huntington, Samuel: *American Politics: The Promise of Disharmony*, S. 23f. Huntington zeigt sich in diesem Zusammenhang davon überzeugt, dass der „Amerikanismus als ein Credo eine nationale Zivilreligion“ begründe.

<sup>223</sup> Gebhardt, Jürgen: *Amerikanismus – Politische Kultur und Zivilreligion in den USA*, S. 13.

<sup>224</sup> Zu Abraham Lincoln und seine Bedeutung für die Entwicklung der Vereinigten Staaten vgl. exemplarisch die Ausführungen bei Johnson, Paul: *A history of the American people*, S. 435ff. „Lincoln“, so schreibt Johnson, „was a case of American exceptionalism because, in his humble, untaught way, he was a kind of moral genius, such as is seldom seen in life and hardly ever at the summit of politics.“ Ebd., S. 435.

<sup>225</sup> Vgl. Tocqueville, Alexis de: *Über die Demokratie in Amerika*. Erster Teil (hrsg. v. Theodor Eschenburg), Stuttgart 1959.



<http://www.springer.com/978-3-531-19868-2>

Patriotismus in Deutschland  
Perspektiven für eine weltoffene Nation  
Kronenberg, V.  
2013, 384 S., Softcover  
ISBN: 978-3-531-19868-2